

Ein Glückwunsch
aus Dankbarkeit

Mit ihm auf dem Weg zur Einheit

Hans-Dietrich Genscher

Wenn ein langjähriger Weggefährte 75 Jahre alt wird, dann ist das Anlass genug, sich wichtiger und unvergesslicher Stationen des gemeinsamen Weges zu erinnern. Das gilt ganz besonders, wenn es sich um eine Persönlichkeit handelt, die schon zu Lebzeiten ihren Platz in den Geschichtsbüchern einnimmt. Die Rede ist von Helmut Kohl. Für den früheren Außenminister, der von 1974 bis 1992 die Verantwortung für die deutsche Außenpolitik trug, liegt es nahe, vor allem von den Jahren zu sprechen, die Helmut Kohl als Bundeskanzler und ich als sein Stellvertreter und als Bundesminister des Auswärtigen zusammengearbeitet haben. Die Würdigung Helmut Kohls allein auf die historischen Jahre 1989 und 1990 zu beschränken würde seiner außenpolitischen Lebensleistung nicht gerecht werden. Eine solche Beschränkung würde jener oberflächlichen Betrachtung folgen, die den langen Weg zur deutschen Vereinigung mit dem verengten Blick auf das Jahr 1989 in unzulässiger Weise verkürzt.

Meine ersten Begegnungen mit Helmut Kohl führen zurück in die Zeit des Aufbaus des ZDF. Daraus wurden später Gespräche, in denen wir auch über grundsätzliche Fragen unseres Landes und mehr und mehr auch seiner Außenpolitik sprachen. Wir konnten damals nicht ahnen, dass es uns einmal gemeinsam vergönnt sein würde, ihm als Bundeskanzler und mir als Außenminister, vor dem Reichstag zu stehen, um in der Nacht vom 2. zum 3. Oktober 1990 ge-

meinsam den Tag der Deutschen Einheit zu begehen.

Zunehmend entstand ein Vertrauensverhältnis, aus dem sich eine Freundschaft ergab, die die Familien einbezog. Eine Rolle bei der Annäherung hat gewiss gespielt, dass wir zu den Jahrgängen gehören, die als Kinder und Heranwachsende den Krieg schon mit vollem Bewusstsein erlebt hatten. Helmut Kohls Familie war betroffen vor allem durch den Tod des älteren Bruders, der aus dem Krieg nicht zurückkehrte. Bei mir war prägend, dass ich 1943 als Fünfzehnjähriger zur Flak als Luftwaffenhelder einberufen wurde und zuletzt noch als Soldat an den Kämpfen der sechsten Armee, der Armee Wenck, südlich von Berlin teilnehmen musste. Am letzten Kriegstag trat ich als gerade Achtzehnjähriger mit vielen Millionen deutscher Soldaten den Weg in die Ungewissheit der Kriegsgefangenschaft an. Dass sich nicht wiederholen darf, was zwischen 1933 und 1945 geschehen war, bestimmte das Denken in unserer Jugend, es prägte unser Leben. Sehr schnell fand ich heraus, dass Helmut Kohl als Lehre aus dem, was bis 1945 geschehen war, der europäischen Einigung dieselbe Bedeutung zumaß, wie ich es tat. Das Gleiche galt für die schicksalhafte Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses.

Die Übereinstimmung zwischen Helmut Kohl und mir über die Bedeutung der europäischen Einigung sollte bald ihre Bestätigung erfahren – und das über Partei- und Koalitionsgrenzen hinweg.

Am 6. Januar 1981 hielt ich bei dem Dreikönigstreffen der Liberalen in Stuttgart eine Rede, die sich mit der Lage in Europa befasste. Ich forderte, einen Vertrag über die Herstellung der Europäischen Union abzuschließen. Es ging darum, dem stagnierenden Prozess der europäischen Einigung einen neuen Impuls zu geben. In der Europäischen Gemeinschaft wurde aus diesem Vorschlag die Genscher-Colombo-Initiative. Der damalige italienische Außenminister Emilio Colombo hatte sich frühzeitig hinter den Vorschlag gestellt. Auch er sah die Chance, mit einer kühnen Initiative und einem weit geckten Ziel dem Klagelied von der Euro-Sklerose entgegenzuwirken. Innerhalb der damaligen Koalition aus SPD und FDP war die Reaktion zwiespältig. Teile der SPD sahen darin eine Gefahr für die West-Ost-Entspannungspolitik, bei anderen spielten Ressortinteressen eine Rolle. Ungeteilte Unterstützung erhielt ich dagegen von der oppositionellen CDU/CSU, die eine entschlossene Europapolitik in der Kontinuität Adenauer'schen Engagements für die europäische Einigung sah. Hier wurde die Handschrift Helmut Kohls deutlich, der in der Unterstützung der Initiative seinen zwischen uns oft erörterten Grundüberzeugungen folgte. Gewiss sah er auch die Chance, außenpolitische Gemeinsamkeiten in einer weiteren wichtigen Frage zwischen den Oppositionsparteien und der FDP erkennbar zu machen. Aber entscheidend war doch seine Überzeugung von der Notwendigkeit einer aktiven Europapolitik.

Europäische Rolle Deutschlands

Für mich war die Haltung der Unionsparteien eine Bestätigung der ganz grundsätzlichen Überzeugungen des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl über die europäische Rolle Deutschlands und über die untrennbare Verknüpfung der deutschen Frage mit der Einigung Europas. In unse-

ren Gesprächen über außenpolitische Grundsatzfragen empfand ich immer wieder: Dem Pfälzer Helmut Kohl ist die deutsche Einheit genauso wichtig wie mir, dem Hallenser Hans-Dietrich Genscher. Ebenso wichtig war aber die gemeinsame Überzeugung, dass Deutschland im Alleingang seine Einheit nicht würde erreichen können. Es bedurfte des europäischen Rahmens – und der Unterstützung der USA –, und der Weg zur deutschen Einheit verlangte Vertrauen im Westen, aber auch im Osten.

Das wurde auf die Probe gestellt, als es 1976 darum ging, den zweiten Polenverträgen, die wegen der sozialversicherungsrechtlichen Regelungen der Zustimmung des Bundesrates bedurften, dort zur Annahme zu verhelfen. Hier waren die Vorreiter der saarländische Ministerpräsident Franz-Josef Röder und der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht. Helmut Kohl als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident, aber wichtiger noch als CDU-Vorsitzender führte letztlich die Zustimmung der anderen CDU-Länder herbei, wobei er einen schweren Konflikt mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in Kauf nehmen musste. Allerdings konnte er sich der Zustimmung des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons Goppel sicher sein. Ich erkannte damals auch die Einschätzung des deutsch-polnischen Verhältnisses durch Helmut Kohl in seiner historischen und moralischen Dimension. Diese Überzeugung ist für mich auch nicht ins Wanken geraten, als es 1989/90 innerhalb der Bundesregierung zu Spannungen über Zeitpunkt und Verfahren für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültiger deutscher Ostgrenze kam.

Außer der Europapolitik gab es eine zweite zentrale außenpolitische Frage, in der Helmut Kohl und ich übereinstimmten. Es ist die Rede von dem NATO-Doppelbeschluss, von dem wir heute wissen, dass er die entscheidende Wende in der

sowjetischen Politik herbeiführte. Der NATO-Doppelbeschluss ging auf eine Rede Helmut Schmidts in London zurück, in der er auf die Gefahren hinwies, die sich aus der sowjetischen SS-20-Rüstung, also der Einführung von nuklearen Mittelstreckenraketen, für die Sicherheit Westeuropas und für den Zusammenhalt des atlantischen Bündnisses ergaben. Es bleibt das Verdienst der damaligen Regierung aus FDP und SPD, dass mit dem NATO-Doppelbeschluss der Sowjetunion ein Verhandlungsangebot über ihre Mittelstrecken-Vorrüstung vorgelegt, gleichzeitig aber die Entschlossenheit demonstriert wurde, ohne Verhandlungsergebnisse nach einem festgelegten Zeitplan amerikanische Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper auch in Deutschland zu stationieren. Zum ersten Mal wurde nicht in einem fast schon mechanisch wirkenden Rüstungswettkauf die Rüstungsschraube eine Drehung weiterbewegt, sondern die Chance für Verhandlungen, das heißt für Abrüstungsvereinbarungen, eröffnet. Helmut Kohl sah frühzeitig die Bedeutung dieser politisch-strategischen und nicht nur militär-strategischen Entscheidung. Deshalb konnte die Regierung Schmidt/Genscher auf die Unterstützung der Oppositionsparteien CDU und CSU rechnen, wobei der NATO-Doppelbeschluss auch dort, wenn auch aus anderen Gründen als bei der SPD, umstritten war. Es war vornehmlich Franz Josef Strauß, der im Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses eine Aufweichung westlicher Positionen sah.

Nach dem Regierungswechsel 1982

Der Regierungswechsel 1982, für dessen Gelingen ich durch die Wahl Helmut Kohls als Bundeskanzler mit den Stimmen der FDP die Existenz meiner Partei aufs Spiel setzen musste, schuf klare Verhältnisse für das westliche Bündnis. Die entscheidende deutsche Zustimmung zur

Verwirklichung des Stationierungsteiles des Doppelbeschlusses war damit gesichert. Helmut Kohl und die CDU/CSU setzten mit uns, den Liberalen, den NATO-Doppelbeschluss, also eine weit tragende außen- und sicherheitspolitische Entscheidung, gegen die inzwischen geänderte Haltung der Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion durch, die auch in dieser Frage ihren Bundeskanzler Helmut Schmidt im Stich gelassen hatte.

Mehr noch, Helmut Kohl sicherte als Bundeskanzler die Kontinuität der auf die Ostverträge und auf die Schlussakte von Helsinki gegründeten Politik gegenüber dem Osten. Das war mehr als „*pacta sunt servanda*“. Nur wer sich der vielen widerstrebenden Stimmen innerhalb der Unionsparteien gegenüber der Ost- und Entspannungspolitik erinnert, kann ermessen, wie viel Führungskraft und Überzeugungsfähigkeit dem Bundeskanzler Helmut Kohl als Vorsitzendem der CDU und damit auch als Partner der Schwesterpartei CSU abverlangt wurden.

In der Europäischen Gemeinschaft übernahm Deutschland wenige Wochen nach der Neubildung der Bundesregierung, nämlich am 1. Januar 1983, den Vorsitz innerhalb der EG. Mit großem Engagement widmete sich Helmut Kohl dem Vorsitz im Europäischen Rat. Das führte ungeachtet der Schwierigkeiten, die die britische Premierministerin Margaret Thatcher verursachte, zu einem großen Erfolg des Europäischen Rates in Stuttgart im Juni 1983. Eine neue Phase europäischer Dynamik begann. Der Bundeskanzler Helmut Kohl, dessen europäisches Engagement von den anderen Mitgliedstaaten aufmerksam beobachtet wurde, trug ganz erheblich zu dieser Dynamik bei. So konnte schließlich am 1. Juni 1987 die Einheitliche Europäische Akte als Ergebnis der Genscher-Colombo-Initiative in Kraft treten. Im ersten Halbjahr 1988 wurden mit dem Europäischen Rat von Hannover unter dem Vor-

sitz Helmut Kohls die ersten Entscheidungen für die Europäische Währungsunion getroffen. Der Europäer Helmut Kohl war sich stets der europäischen Verantwortung Deutschlands bewusst und handelte entsprechend dieser Verantwortung. Er wusste, dass Investitionen in die europäische Zukunft immer auch Investitionen in die deutsche Zukunft bedeuteten, ganz im Sinne des Briefes zur deutschen Einheit, die mit der Unterschrift des damaligen Außenministers Walter Scheel, dem Moskauer Vertrag und dem Grundlagenvertrag mit der DDR als Bestandteilen des Vertragswerkes festgelegt wurde. Dieser Brief bekräftigte das Ziel der deutschen Außenpolitik, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Partnerschaft als außenpolitisches Prinzip

Im Frühsommer 1989 konnte die deutsche Außenpolitik einen Erfolg von historischer Tragweite in einer geschichtlich einmaligen Situation verzeichnen. Der damalige amerikanische Präsident George Bush bot in Mainz der Bundesrepublik Deutschland die „partnership in leadership“ an. Eine Feststellung, die kein amerikanischer Präsident jemals zuvor gegenüber dem wichtigsten Partner der USA in Europa getroffen hatte; und schon wenige Tage später wurde die deutsch-sowjetische Erklärung von Helmut Kohl und Michail Gorbatschow unterzeichnet, die eine eindrucksvolle Bekräftigung der Bedeutung der Beziehungen der beiden Staaten durch ihre Regierungen brachte. Die Bundesregierung war wenige Wochen vor Beginn der entscheidenden, durch den Willen der Völker im sowjetischen Machtbereich bewirkten Veränderungen außenpolitisch aufgestellt, wie es besser nicht hätte sein können.

Die Partner in Europa wussten, dass sich Deutschland seiner europäischen Verantwortung bewusst war und dass es danach auch in Zukunft handeln würde. Das europäische Deutschland, von dem Thomas Mann dreieinhalb Jahrzehnte vorher gesprochen hatte, war Realität geworden. Der wichtigste Verbündete, die USA, konnte von der Verlässlichkeit Deutschlands als Bündnispartner überzeugt sein. Alleingänge oder gar Neutralisierung mussten nicht befürchtet werden.

Aber auch Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse konnten sicher sein, dass ein Land, das seine Außenpolitik auch über einen Regierungswechsel wie den von 1982 hinweg so kontinuierlich fortsetzte wie Deutschland, sowohl innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und des westlichen Bündnisses wie auch für die Sowjetunion ein berechenbarer, verlässlicher und verantwortungsbewusster Partner sein würde.

Hinzu kam: Helmut Kohl war es gelungen, zu dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan ein festes Vertrauensverhältnis zu begründen, das auch mit dessen Nachfolger George Bush fortgesetzt wurde. Die oft gestellte Frage nach der Rolle, die persönliche Beziehungen in der Außenpolitik spielen, beantwortete sich in den Jahren 1989/90 in einem positiven Sinne auch durch das Verhältnis Kohl/Bush. Seine Fähigkeit, Menschen für sich zu gewinnen und damit Vertrauen zu bilden, erwies sich aber auch in seinem Verhältnis zu Michail Gorbatschow. Das wurde vor allen Dingen bei Gorbatschows Besuch in Bonn im Frühsommer 1989 deutlich. Die Irritationen aus der Vergangenheit waren offenbar überwunden.

Der Sommer 1989 brachte durch den Mut und die Entschlossenheit zehntausender Deutscher aus der DDR, über Ungarn den Weg in die Freiheit zu suchen, der ganzen Welt zum Bewusstsein, wie es

um die innere Lage in den sozialistischen Staaten, vor allem in der DDR, wirklich bestellt war. Die Flüchtlinge in Ungarn versetzten der Mauer in Berlin einen ersten schweren Schlag. Längerer Verhandlungen zuvor folgte das Gespräch, das Helmut Kohl und ich mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Németh und Außenminister Horn am 25. August 1989 in Schloss Gymnich bei Bonn führen konnten. Es war ein Gespräch, das wir niemals vergessen werden, den es öffnete den Weg in die Freiheit für zehntausende unserer Landsleute, und es wurde zur Hoffnung für Millionen, die in der DDR zurückgeblieben waren.

Stationen auf dem Weg zur Einheit

Es folgten unvergessliche gemeinsame Stationen auf dem Weg zum 3. Oktober 1990, dem Tag der Deutschen Einheit. Hierher gehört der 9. November 1989, als wir in Warschau der neuen nicht-kommunistischen polnischen Regierung einen offiziellen Besuch abstatteten. Während des Abendessens erhielten wir die Nachricht von der Öffnung der Mauer in Berlin. Im polnischen Gästehaus, in dem wir mit der deutschen Delegation nach dem Essen zusammensaßen, waren wir uns schnell einig: Wir gehören jetzt nach Berlin. Helmut Kohl konnte die polnischen Gastgeber sehr schnell davon überzeugen, dass er den offiziellen Besuch in Polen für einen Tag unterbrechen würde. Auf dem Rückflug nach Deutschland saßen wir schweigend im Flugzeug. Ich war sicher, unsere Gedanken waren die gleichen.

Die feste Übereinstimmung in den Grundfragen unserer Außenpolitik und persönliche Verbundenheit und Vertrauen ermöglichten es uns, die schwierige Lage zu meistern, die durch den Vortrag des so genannten Zehn-Punkte-Planes durch Helmut Kohl in der Bundestagssitzung am 28. November 1989 entstand. Helmut Kohl hatte diese Erklärung

ohne Abstimmung mit mir als Außenminister und der FDP als Koalitionspartner als Repräsentant der CDU – wie er mir sagte – im Bundestag abgegeben. Die von ihm öffentlich geäußerte Vermutung, eine vorherige Abstimmung mit uns hätte zu Problemen geführt, war zutreffend. In der Tat hatte ich von jeher größte Bedenken gegen konföderative Ideen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Gefahren und Probleme waren unübersehbar. Zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Planes war ich zudem davon überzeugt, dass die Vereinigung von unten – „Wir sind ein Volk“ – so weit fortgeschritten war, dass konföderative Strukturen als Umweg auf dem Weg zur deutschen Einheit keinen Bestand haben, ja diesen nur hätten erschweren können. Jetzt mussten sich persönliches Vertrauen und das Bewusstsein gemeinsamer Verantwortung bewähren. Die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung durfte in einer Phase historischer Entscheidungen nicht durch Auseinandersetzungen in der Koalition beeinträchtigt werden.

Schon wenige Wochen später, am 10. Februar 1990, bei unserem Besuch in Moskau erlebten wir, dass Michail Gorbatschow im Gespräch mit Helmut Kohl die deutsche Vereinigung als Sache der Deutschen bezeichnete und gleichzeitig Eduard Schewardnadse mit mir schon den Rahmen erörterte für die Verhandlungen über die deutsche Einheit, die die beiden deutschen Staaten mit den vier für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächten – USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion – zu führen hatten. Es ging um die Zwei-plus-vier-Verhandlungen der Außenminister, über deren Einsetzung die förmliche Verständigung zwischen den Beteiligten am 13. Februar 1990 in Ottawa erzielt wurde. Der Händedruck zwischen Helmut Kohl und mir in der Pressekonferenz in Moskau nach unseren Gesprächen mit Gorbatschow und Schewardnadse drückte

Verbundenheit, Vertrauen und Dankbarkeit aus – das bleibt, und das verbindet. In den folgenden Monaten suchte ich Helmut Kohl immer wieder im Kanzleramt auf, um ihn über den Fortgang der Zwei-plus-vier-Verhandlungen und die bilateralen Begegnungen zu informieren. Dabei fanden wir auch den Weg zur Behandlung der vor allem für Teile der CDU/CSU so schwierigen deutsch-polnischen Grenzfrage. Helmut Kohl ließ mir gegenüber keinen Zweifel daran, dass es für ihn vor allem darum ging, die Zahl der ablehnenden Stimmen in seiner Fraktion so klein wie möglich zu halten. Ich war überzeugt, dass er die Notwendigkeit des Grenzvertrages nicht infrage stellen würde.

Die Begegnung mit Michail Gorbatschow und Eduard Schewardnadse im Kaukasus am 15. und 16. Juli 1990 brachte, wie die Gespräche am Tag davor in Moskau, die Lösung der noch offenen bilateralen Fragen zwischen Deutschland und der Sowjetunion wie Kostenbeitrag zum Truppenabzug, Zeitpunkt des Abzuges, aber auch die Obergrenze für die Zahl der Soldaten der Bundeswehr, die zwischen 350 000 und 400 000 Mann gesucht wurde, mit dem Ergebnis: 370 000 Mann. Die schwierigste Frage, nämlich die der Zugehörigkeit des vereinten Deutschlands zur NATO, war schon in den Gesprächen zwischen Gorbatschow und Bush am 3. Juni 1990 in den USA in unserem Sinne gelöst worden. Mit der Verständigung zwischen Washington und Moskau in der Bündnisfrage war auch der Weg frei für die Unterzeichnung des Zwei-plus-vier-Vertrages durch die Außenminister am 12. September 1990 in Moskau.

Für Deutschland war es wichtig, dass in dieser entscheidenden Phase an der Spitze der Bundesregierung ein Mann

stand, der sich dem Ziel der deutschen Einheit ohne jede Einschränkung fest verpflichtet fühlte, der die Zeichen der Zeit erkannte und das Ziel entschlossen, mit Überzeugungskraft, gestützt auf das Vertrauen, das er sich bei unseren Partnern erworben hatte, verfolgte und der dabei in keinem Augenblick vergaß, welchen weiten Weg Gorbatschow und Schewardnadse zurücklegen mussten, bis sie dem Zwei-plus-vier-Vertrag ihre Zustimmung gaben.

Alle diese Gedanken und Stationen unseres gemeinsamen Weges hatte ich vor Augen, als wir in der Nacht zum 3. Oktober 1990 auf der Treppe des Reichstages standen. Wie in einem Zeitraffer zog dieser Weg an mir vorüber, ein Weg, auf dem es Probleme und auch Auseinandersetzungen zwischen uns gegeben hat, der aber gekennzeichnet war von gegenseitigem Vertrauen, von freundschaftlicher Verbundenheit, von gemeinsamen Grundüberzeugungen und von gemeinsamer Dankbarkeit, mitwirken zu dürfen an historischen Entscheidungen, die nur deshalb möglich wurden, weil die Deutschen und die Europäer im sowjetischen Machtbereich unbeirrbar und friedlich Freiheit und Einheit einforderten. Sie brachten die Mauer vom Osten her zum Einsturz. Es war ein Weg, auf dem wir uns als Repräsentanten zweier selbstständiger und unabhängiger Parteien über Jahre als Regierungs- und Oppositionspartei gegenübergestanden hatten, auf dem wir dann seit 1982 gemeinsam Regierungsverantwortung getragen hatten und der nun am 3. Oktober 1990 seine Krönung erfuhr. Das alles bewegt mich auch jetzt, wenn ich Helmut Kohl zur Vollendung des 75. Lebensjahres gratuliere und ihm von Herzen alles Gute wünsche.